

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Preis von 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. **Sprechstunde:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. **Geschäftszeit:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 254.

Dresden, Dienstag den 2. November 1909.

20. Jahrg.

## Der Sieg in Baden.

Wir haben gestern die neuen glänzenden Siege unserer Partei bei den badischen Stichwahlen gewürdigt. Wie vorausgesehen war, begannen nun in der Presse der verschiedenen Parteien die Kommentare über die eigenartigen wahltaktischen Verhältnisse, die bei diesen Stichwahlen abgewaltet haben, vor allem über den sogenannten badischen Großblock, das Stichwahlbündnis der verschiedenen liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie.

Wenigerwert ist dabei zunächst, daß die norddeutsche Nationalliberale Presse, die das wahltaktische Verhalten ihrer liberalen Parteigenossen niemals gebilligt hat, sich recht mißgünstig über den für die Nationalliberalen verlustreichen Ausgang der Wahl äußert und daß sie die Schuld an diesem Ausgang eben auf die Großblockabschwächungen zurückführt. In Wahrheit liegen die Dinge aber wesentlich anders. Wie die Wahlergebnisse des ersten Wahlganges deutlich zeigten, würden die Nationalliberalen ohne Großblockabkommen noch schlechter bei der Stichwahl abgeschnitten sein, während die Mehrheit des Zentrums und der Konservativen unvermeidlich geworden wäre. Die südwestlichen Nationalliberalen werden den großen Erfolg der liberalen Niederlage besser zu schätzen wissen als ihre norddeutschen Gefinnungsgerossen, die aus Angst vor der Sozialdemokratie lieber die schlimmste agrarische und liberale Reaktion im Siege gelassen.

Unser Parteiorgan in Mannheim, die Volksstimme, führt aus, daß die „Großblock“-Taktik wie schon 1905 und diesmal ihre Feuerprobe bestanden und fast restlos den Zweck erfüllt habe, die Reaktion durch Vereinigung der gesamten linken Kräfte zu zerschlagen. Es habe sich gezeigt, daß das badische Volk die richtige Tendenz, die im Großblock-Abkommen liegt, vollkommen verstanden. Die sozialdemokratischen Wähler haben überall mit ganz abgemessener Disziplin gekämpft, sie haben ebenso zielklar die besten Kandidaten unterstützt, wo diese in Stichwahlen gegen liberale Kandidaten standen, wie sie in anderen Kreisen, wo wir mit Liberalen in Stichwahl standen, diesen die Niederlage bereiteten. Auch die Nationalliberalen haben im allgemeinen das Abkommen ungeschwächt gehalten, weshalb es in einigen Kreisen etwas gemangelt hat und ein Teil der nationalliberalen Stimmen ausblieb.

Die Mannheim'sche Volksstimme wendet sich weiter gegen die methodischen amüßlichen Beeinflussungsversuche, mit denen die badische Regierung nach der Hauptwahl der Rechten zu Werke gekommen wäre. Der Ausschlag der Stichwahl bedeutet nun gleich die jährliche Beurteilung dieser Einmischung der Regierung. Die Volksstimme sagt zusammenfassend:

„Das badische Volk hat sein Urteil gefällt, und jeder Freund der freien Willigen und fortschrittlichen Weiterentwicklung des Landes wird sich dieses Urteils freuen. Hoffen wir, daß der Sieg der Wahlen vom 21. und 30. Oktober 1909 befehle, auch in den Reichstags- und Ministerialwahlen einleuchtend, in dem es schon so bedenklich nach muffiger Rückwärtsentwicklung und doch in dem neuen Landtag befehle, den das Volk seinen besten Tagen gewidmet hat! Dann werden die Wahlen die Aufregungen des nun hinter uns liegenden Wahlkampfes abgereinigt gewesen sein.“

Die Kreuzzeitung sucht in dem Wahlausgang einen Sieg der Nationalliberalen zu verzeichnen und zu ermahnen:

„Wahlmänner für den Liberalismus konnte der Ausschlag der Stichwahlen nicht gut sein, als er sich unter dem Namen des Großblocks am Sonnabend gestaltet hat. Die liberale Konzentration ist das Zentrum geblieben; die Nationalliberalen aber sind von der rechten Seite her gedrückt, die sozialistische Fraktion die Sozialdemokratie geworden. Eine neue linke Seite für den Liberalismus, der gerade in dem engeren Vaterlande Wasser und Brot gefunden hat, ist dadurch zu unterrichten, wie sehr die Jungliberalen den politischen Kurs der Sozialdemokratie bestimmen können. Man darf gespannt sein, wie die Liberalen ihre große, fast dem Verfall überliefene Niederlage in Baden diesmal beizubringen werden. Der letzten konnte man noch in liberalen Wählern sehen, die die Stichwahlen würden den Eindruck der Hauptwahlen, die eine Lösung für die Finanzminister des blau-schwarzen Blocks“ gewesen sind, noch verstärken. Verhängt ist der jämmerliche Eindruck allerdings; die Parteien des „Finanzblocks“ haben dabei in jeder Hinsicht weniger besser abgeschnitten und können mit der „Luzitung“ weit weniger zufrieden sein als die Parteien des „roten“, des Steueroppositionsblocks, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die immer wieder der Liberalen gaudens ist.“

Es ist recht lamisch, wenn die konservative Kreuzzeitung für die Nationalliberalen jämmerlichen Eindruck bei den badischen Wahlen in dieser Art lamentiert, während die Konservativen selbst in Baden ganz machtlos sind und während sie in Sachsen eine so außerordentlich jämmerliche Niederlage erleiden!

Das Berliner Tageblatt dagegen sagt den Nationalliberalen, daß der für sie unangenehme Wahlausfall lediglich die Folge der eigenen Unvorsichtigkeit sei. Das linksliberale Blatt stellt auch Betrachtungen an, wie sich die innere badische Politik unter den neuen Parteiverhältnissen im Landtag gestalten werde. Und hier kommt es zu polemischen Ausschlägen: Sogar der Sozialdemokrat wäre es, ein weiteres Mal, den Nationalliberalen nicht durch Kulbauksungen im Reichstagen Neuperspektiven zu eröffnen. Jemand einer von den Nationalliberalen aber werden sich mit einem sorgfältigen Quantitätsvergleich zu managen haben, um einestimmig um alle Reichstagsarbeiten die Politik zu machen, die Baden allein fruchtet. Für die Nationalliberalen kann es im eigenen Interesse nur ein vernünftiges Ziel sein: Die Großblockpolitik aus einem Reaquis für die Wahlen zu machen und zu anderen von bestimmenden Faktor der Landespolitik zu machen.

Von der badischen Regierung verlangt das Berliner Tageblatt, daß sie eine Politik mache, wobei der Arbeiter mitgehen und Vertrauen lassen könne.

Die Schwäbische Tagwacht, unser Stuttgarter Parteiorgan schreibt:

„Eine liberale Herrschaft sollte für die Zukunft im badischen Landtag ausgerufen werden. Daraus ist nicht geworden, die Pläne des schwarzen Generalfeldmarschalls Wacker sind zertrümmert. Baden ist und bleibt das einzige Gebiet Deutschlands mit einer überwiegenden katholischen Bevölkerung, in dem das Zentrum nicht zur Herrschaft gelangen kann. Das ist aber nicht dem Liberalismus zu danken, der noch vor 20 Jahren die Alleinherrschaft im Reichstag ausübte, sondern der Sozialdemokratie, die erst im Jahre 1891 die ersten zwei Abgeordneten in den Landtag landete. Mit ihren Erfolgen in diesen 18 Jahren hat die Sozialdemokratie zuzunehmen sein. Vor den Reichswahlen von 1891 hatte sie nur einen Abgeordneten, heute 20, heute die zweitgrößte Fraktion. Glänzender könnte die Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertretung im Reichstag von den Wählern nicht honoriert werden. Freilich hat auch die Kunst der gegenwärtigen politischen Situation zur Steigerung unserer Erfolge beigetragen. Unsere Abgeordneten im badischen Landtag aber werden es verstehen, durch rücksichtsvolle Vertretung der allgemeinen Volksinteressen auch die Wähler davon in unsere Partei einzureihen, die nur aus Empörung über die Steuerherrschaft zu uns gekommen sind.“

Der sozialdemokratischen Fraktion Badens gehören nun folgende Parteigenossen an: Im ersten Wahlgang wurden gewählt: in Mannheim: Geib, Kramer, Sühling, in Pforzheim: H. A. Weck, in Pforzheim-Land: Stodding, in Durlach: Weber, in Ludwigsburg: Bechtold, Karlsruhe: Frank, Kollb, in Ettlingen: Schwall. Dazu kommen vom zweiten Wahlgang: in Schopfheim: Müller, in Freiburg: H. Krüger, in Bruchsal-Land: Kurz, in Heidelberg-Land: Pfeiffer, in Schwetzingen: Kahn, in Pörrach-Stadt: Bösch, in Pörrach-Land: Breitenfeld, in Pörrach-Stadt: Rousch, in Karlsruhe III: Willi und in Heidelberg-Überbach: Walter.

Neu erachtet wurden im ersten Wahlgang Ettlingen, im zweiten Schopfheim, Bruchsal-Land, Schwetzingen, Pörrach-Stadt, Pörrach-Land, Pörrach-Stadt, Karlsruhe III und Heidelberg-Überbach.

## Die politische Lage in England.

Von unserem Korrespondenten.

j. s. London, 30. Oktober.

Der Wahlausfall in Vermondey hat eine wesentliche Klärung der politischen Lage herbeigeführt. Der konservative Kandidat hat den Sieg davongetragen. Das Triumphgeschrei der konservativen Presse darüber ist freilich wenig berechtigt. Denn es ist nur dem veralteten Wahlsystem zuzuschreiben, daß der konservative Kandidat gewählt wurde, obwohl er bloß eine Minderheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte. Der sozialistische Kandidat steht mit 1435 Stimmen an dritter Stelle. Es wäre unnütz zu verhehlen, daß die Arbeiterpartei ein besseres Ergebnis erwartete. Ihr Stand war aber kein leichter. Da das Budget im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand, so fühlte sich wahrscheinlich eine erhebliche Anzahl sozialistischer gesinnter Wähler veranlaßt, für den Liberalen zu stimmen, um einen Sieg des reaktionären Tarifreformers zu verhindern. Eine andre Schwierigkeit bestand darin, daß in diesem Wahlkreis früher noch niemals ein Arbeiterkandidat aufgestellt gewesen war. Schließlich ist noch zu bedenken, daß die Arbeiterpartei ihren Wahlkampf ohne jede eigene Presse und gegenüber den Verdrehungen und Verleumdungen der die öffentliche Meinung beherrschenden gegnerischen bürgerlichen Presse beider Parteien ausfechten mußte. Angesichts so vieler Widerstände hat die Arbeiterpartei keine Ursache, sich des Wahlergebnisses zu schämen.

Die politische Wirkung des Wahlausfalls ist aber jedenfalls die, daß den Konservativen vollends der Kampf geschwollen ist. Auf sie hat die Wahl von Vermondey wie die Erziehung von einem bedrückenden Alp gewirkt. Ihre Position in dem Kreise war dadurch ungeheuer erschwert, daß auch sie der Uebergangung waren, das Budget sei bei den Massen im ganzen Lande populär. Aus dem gegenwärtigen Wahlergebnis folgern sie nun, freilich etwas übereilt, daß sie sich darin getrennt hätten und daß das Schlagwort von der Tarifreform noch nichts von seiner Jugkraft bei den Massen eingebüßt habe. Die Aussicht auf allgemeine Wahlen zur Entscheidung des Schicksals des Budgets hat deshalb nichts Abschreckendes mehr für die Konservativen. Und deshalb kann es als ziemlich sicher gelten, daß das Budget vom Oberhaus nicht angenommen werden wird. Die besonnenen Führer der Konservativen und des Oberhauses werden einfach überumpelt werden, und ein schwerer Verfassungskonflikt mit all seinen Gefahren wird ihnen von den „unverantwortlichen“, turbulenten Elementen in ihrem eigenen Lager aufgezwungen werden.

In einer Beziehung ist das Wahlergebnis dennoch zu begrüßen. Die Liberalen werden nun gezwungen werden, mit ihren alten Drohungen gegen das Oberhaus endlich einmal Ernst zu machen. Wie in der konservativen Partei, so sind es auch im liberalen Lager namentlich die jüngeren „unverantwortlichen“ Heißsporne, die allerdings auch im Kabinett gut vertreten sind, welche extreme Maßregeln beschwören. Von Lloyd George und Winston Churchill darf man annehmen, daß sie zu einem Kampfe mit den Lords bereit, ja begierig sind. Der Premierminister Asquith dagegen sowie seine Anhänger im Kabinett und in der liberalen Partei fürchten einen Entscheidungskampf beinahe ebenso-

sehr wie die Führer der Konservativen, und zwar deshalb, weil sie vor den Konsequenzen, in welche sie ein solcher Kampf verwickeln kann, im „nationalen“ Interesse, will sagen im gemeinsamen Interesse der besitzenden Klassen beider Parteien, zurückzusehen. Gewinnt aber die gegenwärtige Stimmung bei den Konservativen die Oberhand, dann wird auch Asquith sich nicht mehr drücken können, sondern er wird gezwungen sein, offen und entschieden Farbe zu bekennen.

Für die Stimmung im radikalen Flügel der liberalen Partei ist ein Artikel höchst beachtenswert, welchen der Schatzkanzler Lloyd George in der heutigen Nummer der sozialliberalen Wochenschrift „The Nation“ veröffentlicht. Er beginnt damit, daß er einen schweren Verfassungskonflikt für nahe bevorstehend erklärt. Im übrigen zeigt er sich voller Kampfesfreude und Siegeszuversicht. Folgendes ist auch vom Gesichtspunkte der internationalen Politik bemerkenswert:

„Die schuyllenerische Partei erkennt, daß diese sozialpolitischen Pläne (zu denen das Budget den Anstoß gibt), wenn sie gereift sind, das Bankrot des Liberalismus erheblich vermehren werden. Aus diesem Grunde prophezeie ich, daß selbst wenn das Budget durchgeht, wieder ein organisierter Versuch gemacht werden wird, eine neue Flotten- und militärische Panik zu erzeugen, um die Regierung in die verberberische Extravaganz unnütiger Ausgaben auf dem Lande und der See zu stürzen. Eine derartige erfolgreiche Agitation würde die Sozialreform bankrott machen. . . . Deshalb werden wir die üblichen Gerüchte über deutsche Pläne und Vorbereitungen hören. Wir wissen, wie wenig Grund für die letzte Panik vorhanden war. Im Lichte der festgestellten Tatsachen erscheint der Schreck, welcher Großbritannien und die Kolonien erlitten machte, einigermaßen häßlich.“

Lloyd George schließt seinen Artikel mit den Sätzen: „Gibt es keine Hilfe für England? Das Budget hat eine wirkliche Hoffnung im Herzen des Volkes erweckt mit Bezug auf die Antwort, welche die liberale Partei auf diese Frage zu geben bereit ist. Die Zukunft des Liberalismus hängt von dem Mute und der Entschlossenheit ab, mit welchen die Partei an die Aufgabe herantritt, die Hoffnung zu verwirklichen.“ Mit diesem letzten Satze können wir uns vollständig einverstanden erklären.

## Der Kampf um die Wahlreform.

Von unserem Korrespondenten.

Ch. R. Paris, 30. Oktober.

Weber die Regierung noch die radikale Partei wollen die Durchsetzung der Reform. Auch im Lande gibt es keine bedeutende Bewegung für sie. Die breiten Massen bleiben gleichgültig, weil sie über die Fragen der Wahlreform nicht genügend aufgeklärt sind.

Wenn trotzdem die Wahlreform den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses einnimmt, ist dieser Umstand der wirklich außerordentlichen Mäßigkeit und Energie der „Proporzmannen“ zuzuschreiben. An ihrer Spitze steht ein Konservativer, Charles Verwilt, der Apostel des Verhältnissystems. Die französischen Sozialisten haben keinen Augenblick geögert, sich dieser Bewegung anzuschließen. Die Führer dieser Bewegung veranfaßten im ganzen Lande Versammlungen und agitierten unermüßlich in der Presse. Sie zwangen eine große Zahl der Deputierten, Stellung zu nehmen.

Nur ein Sozialist hielt es für nötig, eine Sonderstellung einzunehmen, der Ueberopportunist Jules Breton. Als er jung war, wurde er wegen eines Artikels, der dem später ermordeten Präsidenten Carnot wegen Nichtbegnadigung des Anarchisten Vallant mit Todesstrafe drohte, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Jetzt zählt er zu den Gemäßigtesten, der, wie sein persönlicher Freund Barrene einmal äußerte, „unter keinem Wortwande mit seiner Partei einer Meinung sein will“.

In der Frage der Wahlreform ereifert er sich tatsächlich für die Interessen der bürgerlichen republikanischen Partei mehr als sie selbst. Er fürchte vor allem — behauptete er — für die Republik, wenn das demokratische Wahlsystem siege. Vergebens machte man ihn darauf aufmerksam, daß er damit den Gegnern der Republik eine Waffe schmeide, indem er damit in Zweifel setzt, daß sie im Lande die Mehrheit besitzt. Aber auch solche Hinweise hören Breton nicht im geringsten.

Besonders leidenschaftlich kämpft Lauras für die Wahlreform. Mit der ihm eigentümlichen Begeisterung tritt er für ein Zusammengehen sogar mit der Reaktion ein, um die Wahlreform durchzusetzen. Er hat dafür tiefere und triftige Gründe. Er sieht in der gegenwärtig herrschenden Ungerechtigkeit eine Gefahr für das parlamentarische Regime und für die Demokratie selbst. Das gegenwärtige System begünstigt die Geschickspolitiker, die Eigenbrödlers à la Breton. „Sie kennen mich. Ich bin heute das, was ich gestern war. So werde morgen sein, so ist heute bin. Stimmt für mich.“ So hört man zahlreiche Krähwinkelkandidaten „agitierten“. Sie formulieren kein Programm, gehören keiner Partei an, haben keine bestimmte politische Richtung, dienen lediglich den Sonderinteressen der einflussreichen lokalen Eliten.

Das herrschende Wahlsystem begünstigt die Mittelständlichen. Die Führer der Partei werden am heftigsten bekämpft. Sie fallen als Opfer kleinlicher Intrigen. Sie haben bei ihrer Wiederverwahl am meisten Mühe. Das Wahlsystem wirkt diesem Uebel entgegen. Das alte Wahlsystem, genauer die herrschende Wahlanarchie begünstigt den Individualismus, während das Verhältnisystem parteibildend wirkt. Es gewinnt die Parteien,

GRATIS

Amphibien

Reichhaltige

Reichhaltige

Reichhaltige

Reichhaltige

Reichhaltige

Reichhaltige

Reichhaltige